

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsfraktion Kalletal

An den
Bürgermeister der Gemeinde Kalletal
Herrn Mario Hecker
Rintelner Straße 3
32689 Kalletal

Fraktion Kalletal

Florian Schön
Fraktionsvorsitzender
Schürenbreder Weg 27
32689 Kalletal
Mobil: 0175-2522740
FSKalletal@t-online.de

Kalletal, 12.04.2026

Betreff: Ausschreibung einer befristeten Stelle von 0,25-0,5 Vollzeitäquivalenten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Mario,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **beantragt** hiermit wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt den personellen Mehraufwand zur Einführung der Bezahlkarte im Fachbereich Ordnung und Soziales durch die kurzfristige Ausschreibung und Besetzung einer befristeten Stelle von 0,25 – 0,5 Vollzeitäquivalenten zu kompensieren.

Sachdarstellung:

Der Rat der Gemeinde Kalletal hat in seiner Sitzung vom 26.03.2026 die Einführung der Bezahlkarte mit den Stimmen der CDU und der UKB beschlossen.

Tags darauf berichtete die Lippische Landes-Zeitung unter der Überschrift „Bezahlkarte macht Probleme“ aus der Gemeinde Dörentrup. Hier sei das bargeldlose Bezahlen für viele eine komplizierte Angelegenheit. Wörtlich heißt es hier: *„Im November 2025 wurde in der Gemeinde die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt. Diese funktioniert ähnlich einer EC-Karte, ist allerdings mit verschiedenen Auflagen und Einschränkungen verbunden, die es bei gewöhnlichen Girokonten nicht gibt. Ausgegeben wurde bisher die Karte an 35 Personen, die Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. „Die Leistungen werden ausschließlich auf diese Karte gebucht“, erläutert Schake. Insgesamt funktioniere das „ganz gut“, es gebe aber auch Probleme.*

So müssten sich alle Leistungsberechtigten zunächst über eine App registrieren, um die Nutzung freizuschalten. „Das musste man erst mal üben“, berichtet Schake. Zwar gebe es Infomaterial in allen Sprachen, dennoch klappe die Registrierung trotzdem nicht immer gut. „Dann müssen unsere Sachbearbeiter Hilfestellung leisten“, berichtet Schake weiter. Auch Überweisungen und das Einrichten von Lastschriften haben sich als schwierig erwiesen.

So gebe es eine Liste, auf die jeder Lastschriftempfänger erst eingetragen und freigeschaltet werden muss – in Absprache mit den städtischen Mitarbeitern.

Bei Verlust wird die Karte von der Kommune ersetzt. Allerdings muss dann eine neue Freischaltung erfolgen, was den Kartenbesitzern nicht immer leicht zu erklären gewesen sei. Das Empfangen von Einzelüberweisungen auf die Bezahlkarte stellt mitunter ein Problem dar, denn diese brauchen laut Schake oft bis zu einer Woche, bevor die Beträge gutgeschrieben werden. „Das ist natürlich sehr, sehr lange“, räumt Schake ein. Auch Rückbuchungen von Leistungen gestalten sich schwierig, da die Sachbearbeiter keine Kenntnis darüber haben, wie viel Geld auf der jeweiligen Karte ist. Wenn also jemand verzieht oder Arbeit aufnimmt, sei es schwierig, die für den Monat überzahlten Leistungen zurückzubekommen.“

Am Abend vor der Sitzung des Rates informierte Bürgermeister Mario Hecker die Ratsmitglieder unter dem Betreff „Information Top 2 der Tagesordnung des Rates am 26.03.2026 zur Einführung der Bezahlkarte“ darüber, dass die Verwaltung am Vormittag die aktuelle Auswertung des Kreises Lippe „Flüchtlinge/ausländische Personen im Kreis Lippe im Februar 2026“ erhalten habe. Mit Blick auf die Ratssitzung und den TOP 2 der Tagesordnung zur Einführung der Bezahlkarte gab er folgenden Hinweis als ergänzende Information (Auszug):

Aus dieser Auswertung lässt sich auch die zukünftige Anzahl an Personen mit Bezahlkarte (Asylsuchende in laufenden Verfahren und Duldungen) annähernd ablesen:

Kalletal: 131 Personen

Annähernd daher, da sich je nach Familienverband oder Einzelpersonen ggfls. weniger Karten ergeben können. Die Stadt Bad Salzuflen geht in ihrer Vorlage 09/2026 zur Bezahlkarte, aus der ich gestern im HFA auf Nachfrage im Fachausschuss von RM Koschek zitiert habe, von 225 Personen aus. Das kann hierin begründet liegen. Es ist also davon auszugehen, dass auch die Personenzahl für eine Bezahlkarte in Kalletal unter den aufgeführten 131 Personen liegt. Bad Salzuflen weist auf einen personellen Mehraufwand von 0,7 – 1,0 bei Vollzeitäquivalent bei 225 Personen hin. Setzt man das mit den Kalletaler Zahlen ins Verhältnis ist insofern ein personeller Mehraufwand von 0,25 - 0,5 Vollzeitäquivalent nicht auszuschließen. Hierauf soll zumindest hingewiesen werden, sofern sich das bei Einführung der Bezahlkarte bestätigen sollte, da die nordlippischen Kommunen über positive Erfahrungen berichteten, allerdings auch deutlich weniger Personen mit „Bezahlkarte“ führen dürften.

Trotz dieser Informationen wurde die Bezahlkarte eingeführt.

In Kenntnis der jetzt veröffentlichten Erfahrungen aus Dörentrup bestätigt sich der Hinweis des Bürgermeisters auf den personellen Mehraufwand.



Wir beantragen daher den personellen Mehraufwand zur Einführung der Bezahlkarte im Fachbereich Ordnung und Soziales durch die kurzfristige Ausschreibung und Besetzung einer befristeten Stelle von 0,25 – 0,5 Vollzeitäquivalent zu kompensieren.

Beste Grüße

Florian Schön

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN